

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Jernsprech-Anschlüsse: Geschäftsfelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4, durch die Zweig-Expedition: Postfach 26, bei Junge, die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Drogenstraße Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Preis: 1.20 Mk. monatlich 4.10 Mk. vierteljährlich 11.50 Mk. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.50 Mk. (ohne Postgebühren), bei ins Ausland durch die Post monatlich 6.10 Mk., vierteljährlich 18.50 Mk.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schloß 2.20 Mk., auswärts 2.50 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.30 Mk., Stellenangebote, Verleumdungen und Wohnungsanzeigen 0.50 Mk. In vorgenannten Preisen ist ein Leucumstrich von 20% Anzeigen für die nächste Nummer mit dem Vorbehalt (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4 sowie in sämtlichen Zweigstellen abzugeben.

## Simons' Programm für London.

Minister Simons

### Über die Wiedergutmachung.

Stuttgart, 13. Februar. Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, sprach heute vormittag vor mehr als 1000 Personen, darunter die württembergischen Minister und Vertreter aller Organisationen der Beamten, der Arbeiterklasse, des Handels, der Industrie usw. über die politische Lage.

Die Erklärung, die er im Reichstage abgegeben habe, bestehe vollkommen zu Recht. Die nähere Prüfung der Pariser Beschlüsse konnte das damals gefällte Urteil nur bestätigen. Auch durch die nachträglichen Reden, die leitende Staatsmänner der Entente in den letzten Wochen gehalten haben, sei die Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse nicht erwiesen.

Der Minister legte sich hierzu mit den Reden von Lloyd George, Briand und Graf Sforza auseinander. Er betonte, daß keiner dieser Staatsmänner es für die Würde wert erachtet habe, aus dem Material der Brüsseler Konferenz den Nachweis zu machen, daß die Entente, inwieweit Deutschland zur Zahlung der ungeheuerlichen Kosten Annullitäten von 6 Milliarden Gold jährlich fähig sei. Keiner habe praktisch dargelegt, wie man sich solche Leistungen finanziell und wirtschaftlich leisten könne. Statt dessen habe man nur völlig phantastische Ziffern über die künftige Höhe des deutschen Exports gebracht, für die jede, auch nur die geringste Unterlage fehle.

Über die 12 prozentige Ausfuhrabgabe sind die verschiedenen Meinungen geteilt, die vielfach in völligem Widerspruch zueinander stehen. So werde z. B. die Ausfuhrabgabe von der einen Seite deshalb als besonders nützlich auch für Deutschland angesehen, weil sie die deutsche Ausfuhrindustrie vor Differenzialen der Einfuhrzölle der anderen Länder schütze, während die zweite Seite behauptet, daß die Abgabe überhaupt unmittelbar mit dem Export nichts zu tun habe, sondern lediglich eine nach der Exporthöhe berechnete und von den deutschen Steuerbehörden allgemein zu tragende Zusatz-Annuität bedeute. Beide Auffassungen seien, wie der Minister nachwies, gleich unvereinbar mit den Interessen nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern der internationalen Verkehrs überhaupt. Die bisherige Debatte habe nur eines mit voller Klarheit ergeben, daß die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten, sondern durch neue Bestimmungen erleichtert werden müßten. Die neue Lösung könne aber nicht differtiert werden, sie müsse vereinbart werden.

Da die Hauptlast der Aufgabe auf Deutschlands Schultern falle, sei es nicht, Deutschlands freiwillige Zustimmung zu verlangen. Die deutsche Regierung habe ihre Verpflichtung zur Erfüllung des Friedensvertrages grundsätzlich anerkannt. Sie sei auch von der Notwendigkeit überzeugt, daß das deutsche Volk, indem es sich für die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles entschieden habe, es auf sich genommen hat, bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten. Die deutschen Gegenverschlüsse zeigen, daß Deutschland seine Pflicht ernst nehme. Es werde sich bemühen, Vorschläge zu machen, die zwar nicht mit phantastischen Ziffern prunkten, aber den Vorschlag hätten, praktisch durchführbar zu sein und die dringendsten Bedürfnisse der alliierten Länder zu befriedigen.

Der Hauptfehler sei, daß die Pariser Konferenz die Aufgabe zu sehr als finanzielles Problem und zu wenig als Produktionsproblem angesehen habe, und daß sie es völlig unterlassen habe, die Wirkung oder von Deutschland geforderten finanziellen Leistungen auf den Produktionsprozeß der Welt zu untersuchen.

Wenn die Gegner damit rechnen, daß Deutschland durch den gesteigerten Export riesensummen für die Reparation zur Verfügung stellen werde, so müßte ihnen daran liegen, die deutsche Industrie statt auf ihre eigenen Märkte auf die des Ostens hinzuwenden. Statt dessen habe es den Anschein, als ob man auch hier zu einer Erdrosselungs-Politik greife, wie sich aus der Vereitelung der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit Ostasien ergebe. Das Problem werde nicht groß genug und nicht einseitig genug aufgefaßt. Man könne ihm nur beikommen, wenn man statt den Gedanken der Strafe und der Konkurrenz, den Gedanken der Hilfe und der Solidarität in den Vordergrund stelle.

Zum Schluß forderte der Redner die Zuhörer auf, jeder in seinem Kreise dahin zu wirken, daß die einheitliche Stimmung, mit der bisher das deutsche Volk den Pariser Beschlüssen entgegengetreten sei, nicht im Streit über Einzelheiten gefährdet werde, sondern daß die Männer, die Deutschland zu vertreten haben würden, sich dabei getragen fühlen von der einmütigen Unterstützung ihrer Volksgenossen.

### Politik und Geld.

#### Die schlesische Geldgeber-Dogel.

Die Anfrage, die von sozialdemokratischer Seite an die bürgerlichen Parteien Schlesiens gerichtet wurde, ob sie sich ihren Geldgebern gegenüber zu einem arbeiter-, Beamten- und angestelltenfreundlichen Programm verpflichtet haben, ist immer noch unbeantwortet. Das halbe Zugeständnis der Breslauer demokratischen Führer erregt auch in der auswärtigen Presse großes Aufsehen. So schreibt Genosse Stampfer (Berlin) darüber in sozialdemokratischen Blättern:

Es ist nicht anzunehmen, daß es sich bei diesem Geldgeberverband um eine Einrichtungs handelt, die auf Schlesiens allein beschränkt ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um eine Organisation, eine Art von Wahl-Dogel, die sich über das ganze Reich erstreckt. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß die Deutschen in Schlesien und die Deutsche Volkspartei aus dieser Quelle auch

ähnlichen Geld nehmen, so viel sie kriegen. Vor einer schweren Versuchung stehen aber die bürgerlichen Mittelparteien, mit deren Finanzen es nicht aufs Beste bestellt ist, und die in ihrer Notlage der Werbung schwer widerstehen können. Dazu kommt, daß diese kapitalistischen Organisationen zur Korruption des öffentlichen Lebens in der scheinbar harmlosesten und äußerlich elegantesten Weise sich auch politische Einzelpersonen zu kaufen verstehen, so daß sie die bürgerlichen Parteien mit ihrem Einfluß durchsetzen.

Wir stehen hier vor einer großen Gefahr der Demokratie. In der Demokratie gehen alle Kämpfe um die wirkliche politische Macht, Wahlen von großer Bedeutung folgen rasch aufeinander und beanspruchen große Geldmittel. Das Geld allein tut es nicht, aber eine Partei, die das Geld aus vollen Händen verspreuen kann, die mit Flugblättern, Wahlplakaten usw. nach Belieben wütet, und die vor allem Kraft ihrer Geldmittel eine weitverbreitete Presse in ihrer Hand hat, eine solche Partei hat natürlich vor anderen, die in dieser Beziehung schlechter gestellt sind, einen ganz erheblichen Vorsprung. Das ist auch ein Argument, das gegen eine zu häufige Wiederholung von Wahlen und Abstimmungen spricht: Finanzschwache Parteien haben dann bald ihre Stimmen verpulvert, und das Rennen macht, wer in brutalkapitalistischem Sinne den längsten Atem hat.

Die Arbeiterpartei sollte in ihrem Klassenkampf diese Schwertlücke nicht vorlassen. Wer sie in ihrer ganzen Größe erkennt, der könnte beinahe ein gewisses Verständnis für die kommunistische Theorie gewinnen, die dem Kapital die wichtige Waffe mit einem Male gewaltsam aus der Hand schlagen will. Hoffentlich wird sich die Arbeiterpartei trotzdem nie wieder zu dem Versuch verleiten lassen, einzeln auf feinste organisierten gegnerischen Macht mit plumper Gewalt begegnen zu wollen, die Niederlage wäre ihr vollkommen sicher. Es bleibt vielmehr gar nichts anderes übrig, als der Organisation die Organisation, der verschwenderrischen Hand des Kapitals den heroischen Opfermut des Proletariats entgegenzusetzen und aus unzähligen kleineren Beträgen das Geld zusammen zu bringen, das zum Kriegsführen notwendig ist.

Da muß offen ausgesprochen werden, daß es leider auch auf diesem Gebiet nicht allzu gut bestellt ist. Auch hier hat die Zersplitterung ihre verwüstenden Wirkungen geübt. Die Unabhängigen befinden sich, wie in so vielen andern Dingen, auch darin im Irrtum, daß sie es für viel zu leicht hielten, einen neuen Parteiapparat aus dem Nichts heraus aufzubauen, und sie bezahlten jetzt diesen Irrtum mit schweren finanziellen Verlegenheiten. Die Kommunisten sind aber von vornherein den verkehrten Weg gegangen, statt ihre Partei materiell auf den Opfermut ihrer Anhänger zu gründen, haben sie aus dem Rollen heraus mit den Mitteln gewirkelt, die ihnen Sowjetrußland zur Verfügung stellt. Diese Abhängigkeit der Kommunisten von einer fremden Regierung ist politisch kein geringerer Krebsgeschwür als die Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien vom Kapital.

Die einzige Arbeiterpartei, die durch ihre alte Organisation, ihre bewährten Einrichtungen und den nie versagenden Opfermut ihrer Millionen Anhänger imstande ist, den Kampf gegen die kapitalistische Korruption aufzunehmen, ist die alte sozialdemokratische Partei. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus müßte jeder vernünftige Arbeiter begreifen lernen, daß im Kampf gegen Reaktion und Kapitalismus sein Platz nirgends anders sein kann, als in der alten großen sozialdemokratischen Partei. Hier sollen sich alle vereinen und alle mit ihren ganzen Kräften zum Sieg beitragen, sonst triumphiert die Uebermacht des Kapitals.

### Neue Richtlinien

#### für die Arbeitszeit der Beamten.

Das in der Wölfe gefärbte bürgerliche Reichskabinett hat kürzlich für die Regelung der Arbeitszeit der Beamten neue Richtlinien aufgestellt. Jeder Beamte ist hiernach verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reichs zu stellen und die ihm übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienstzeit zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in höher Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit entsprechend zu erhöhen. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen; nur dort, wo aus dringenden oder sachlichen Gründen eine solche Teilung unzumutbar erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenvertretung festgesetzt. Bei durchgehender Arbeit kann eine Frühstückspause bis zur Höchstdauer von einer halben Stunde gewährt werden. Für eine Mehrleistung der 48 Stunden Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Es wird angestrebt, die Tagesdienstzeit der an ein und demselben Ort befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gleichmäßig zu regeln. Alle bisher ergangenen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten, soweit sie mit obigen Richtlinien in Widerspruch stehen, sind aufgehoben.

### Die Hundertmilliardenforderung.

Wodurch ist sie möglich?

Von Paul Löbe.

226 Milliarden Mark für Wiederherstellung angegriffener Schäden und etwa 36 Milliarden Mark für Ausfuhrabgaben sind zusammen 262 Milliarden Goldmark oder, nach dem Stande unseres heutigen Geldwertes, etwa 3000 Milliarden Papiermark. Eine Summe also, die ziemlich den ganzen privaten und öffentlichen Besitz Deutschlands vor dem Kriege ausmacht und für die man auch heute noch einen Großteil mit allem beweglichen und unbeweglichen Gut kaufen könnte.

Das Recht zu dieser Ausplünderung glauben die Feindmächte aus den Zerstörungen herleiten zu können, die deutsche Kriegführung in Nordfrankreich, Belgien, Italien, Polen, Serbien und Rumänien an Städten, Dörfern, Feldern, Wäldern, Bergwerken, Fabriken, Straßen, Brunnen, Häusern, Möbeln, Gärten und Alleen an Menschen und Tieren angerichtet hat. Das unversehrte Köln, Koblenz und Trier müssen dafür büßen, wenn Deutschland die in Ruinen gelegenen Städte Reims, Arras und Verdun nicht wiederhergestellt — so brüde es ein Redner der französischen Kammer aus. Was jedoch jetzt verlangt wird, ist das Vielfache des Betrages, den die Gutmachung der gewiß furchtbaren Verwüstungen in den Kriegsgebieten erfordert. Das wird nicht nur von uns Deutschen, das wird auch von Neutralen, das wird selbst von Keynes, dem englischen Fachmann, und nüchternen Rechnern in den ehemals feindlichen Ländern nachgewiesen.

Wie aber kommt der Gegner zu der Auffassung, daß die Zahlung dieses ungeheuerlichen Tributs durch Deutschland möglich sei? Ich habe bereits im Reichstage in der viel angefochtenen Schlussrede darauf hingewiesen, welche falsche Auffassung der Fremde von dem Wohlstand und der Leistungsfähigkeit Deutschlands erfaßt, der nicht die Quartiere der Arbeit und der Not, sondern die Zentren unserer Großstädte bereift und aus ihnen seine Anschauung über unser Land gewinnt. Hier liegt eine starke Mitschuld der deutschen bestehenden Klasse, der „neuen“ Kapitalisten, aber auch der alten, an den Verirrungen der Gegner. Kann denn der Fremde glauben, daß wir ein armes Volk sind, wenn er die Seidenpracht der sogenannten besseren Gesellschaft, den überladenen Pelzbesatz der Damenroben, die Luxusstrümpfe für 150 Mark und mehr, das üppige Schmuckwerk, die Silbergeräte und Schmuckfächer in den Auslagen der Berliner oder Münchener Läden sieht, wenn er die vollbesetzten Tafeln der Weinrestaurants und großen Hotels, den Andrang zu allertüchtigsten Vergnügungen, den Sekt- und Likörkonsum (in einem Jahre für fast eine Milliarde Schaumwein!) und die Vergnügungsfahrten beobachtet — kann er dann noch glauben, daß wir wirtschaftlich gebrochen sind und als tief verarmtes Volk mühsam nach Rettung suchen? Wenn der Gegner liest, daß hier eine Aktiengesellschaft 10 Prozent Gewinn auszahlte gegen 5 Prozent im Vorjahre, dort eine Schuhfabrik 24 gegen 12, eine Zuderfabrik 40 gegen 20 im Jahre vorher und noch höher hinauf, dann sagt er sich, daß es noch Schichten der Bevölkerung in Deutschland gibt, die genug haben, um das abgeben zu können, was wir ihm angehtlich schuldig sind.

Will das deutsche Volk warten, bis feindlicher Zwang nicht nur unsere Zölle wegnimmt und unsere Ausgaben kontrolliert, sondern unsere Gesetzgebung auch bestimmt, diese hohen Dividenden zu konfiszieren, durch Gewinn-, Besitz-, Luxussteuern usw. das Wohlleben der Wenigen so einzuschränken, daß es mit dem Leben des ganzen Volkes einigermassen in Einklang kommt? Oder will es nicht vorher, selbständig, aus eigenem Entschluß, mit eisernem Griff jene Drohnen besetzen, die sich jetzt ärger als jemals auf die arbeitenden Klassen in Stadt und Land legen und sie ausaugen.

Die Klassen Besitz- und Lebensunterstützung in unserem Lande, sind die Statistiken für Kommunisten und Ententisten, sie rechtfertigen die Agitation der Gegner und die Forderungen der anderen und hindern überhaupt durch ihr Dasein und ihr Verhalten die moralische und wirtschaftliche Gesundung der breiten Volksschichten, aus deren Arbeitskraft und Arbeitswillen allein die Zukunft unseres Landes zu erwarten ist.



# Volkswacht

für Schlessen

Organ für die werftätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsfeste Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen am Schluß...  
Zweijährliche Diarthe...  
Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in...

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in...  
Zweijährliche Diarthe...  
Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in...

## Simons' Programm für London.

### Minister Simons über die Biedergutmachung.

Stuttgart, 13. Februar. Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, sprach heute vormittag vor mehr als 1000 Personen, darunter die württembergischen Minister und Vertreter aller Organisationen der Beamten, der Arbeiterklasse, des Handels, der Industrie usw., über die politische Lage.

Die Erklärung, die er im Reichstage abgegeben habe, befinde sich vollständig zu Recht. Die nähere Prüfung der Pariser Beschlüsse könne das damals gefällte Urteil nur bestätigen. Auch durch die zahlreichen Reden, die leitende Staatsmänner der Entente in den letzten Wochen gehalten haben, sei die Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse nicht erwiesen.

Der Minister setzte sich hierzu mit den Reden von Lloyd George, Briand und Graf Sforza auseinander. Er bemängelte, daß keiner dieser Staatsmänner es für die Mühe wert erachtet habe, aus dem Material der Weimarer Konferenz den Nachweis zu führen zu versuchen, inwieweit Deutschland zur Zahlung der ungeheuerlichen fiktiven Annuitäten von 6 Milliarden Gold jährlich fähig sei. Keiner habe praktisch dargelegt, wie man sich solche Leistungen finanziell und wirtschaftlich zu denken habe. Statt dessen habe man nur völlig phantastische Ziffern über die künftige Höhe des deutschen Exports gebracht, für die jede, auch nur die geringste Unterlage fehle.

Weber die 12prozentige Ausfuhrabgabe sind die wirtschaftlichen Verhältnisse zutage getreten, die vielfach in völligem Widerspruch zueinander stehen. So werde z. B. die Ausfuhrabgabe von der einen Seite deshalb als besonders nötig auch für Deutschland angesehen, weil sie die deutsche Ausfuhrindustrie vor konkurrierenden Einfuhrprodukten der anderen Länder schütze, während die zweite Ansicht dahingehet, daß die Abgabe überhaupt unmittelbar mit dem Export nichts zu tun habe, sondern lediglich eine nach der Exporthöhe berechnete und von den deutschen Steuergebern allgemein zu tragende Zusatz-Annuität bedeute. Beide Auffassungen seien, wie der Minister nachwies, gleich unvereinbar mit den Interessen nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern des internationalen Verkehrs überhaupt. Die bisherige Debatte habe nur eines mit voller Klarheit ergeben, daß die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten, sondern durch neue Bestimmungen erleichtert werden müßten. Die neue Lösung könne aber nicht diktiert werden, sie müssen vereinbart werden.

Da die Hauptlast der Aufgabe auf Deutschlands Schultern falle, sei es nötig, Deutschlands freiwillige Zustimmung zu gewinnen. Die deutsche Regierung habe ihre Verpflichtung zur Erfüllung des Friedensvertrages grundsätzlich anerkannt. Sie sei auch von der Notwendigkeit überzeugt, daß das deutsche Volk, indem es sich für die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles entschieden habe, es auf sich genommen hat, bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten. Die deutschen Gegenorschläge müßten zeigen, daß Deutschland seine Pflicht ernst nehme. Es werde sich bemühen, Vorschläge zu machen, die zwar nicht mit phantastischen Ziffern prunkten, aber den Vorzug hätten, praktisch durchführbar zu sein und die dringendsten Bedürfnisse der alliierten Länder zu befriedigen.

Der Hauptfehler sei, daß die Pariser Konferenz die Aufgabe zu sehr als finanzielles Problem und zu wenig als Produktionsproblem angefaßt habe, und daß sie es völlig unterlassen habe, die Wirkung ender von Deutschland geforderten finanziellen Leistungen auf den Produktionsprozeß der Welt zu untersuchen.

Wenn die Gegner damit rechnen, daß Deutschland durch den gesteigerten Export Millionen für die Reparation zur Verfügung stellen werde, so müßte ihnen daran liegen, die deutsche Industrie statt auf ihre eigenen Märkte auf die des Ostens hin zu lenken. Statt dessen habe es den Anschein, als ob man auch hier zu einer Erdröselungspolitik greife, wie sich aus der Verteilung der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit Ostasien ergebe. Das Problem werde nicht groß genug und nicht einheitlich genug aufgefaßt. Man könne ihm nur dann kommen, wenn man statt den Gedanken der Strafe und der Konkurrenz, den Gedanken der Hilfe und der Solidarität in den Vordergrund stelle.

### Politik und Geld.

Die Anträge, die von sozialdemokratischer Seite an die bürgerlichen Parteien Schlessens gerichtet wurde, ob sie sich ihren Geldgebern gegenüber zu einem arbeiter-, beamten- und angestelltenfreundlichen Programm verpflichtet haben, ist immer noch unbeantwortet. Das habe Zugeständnis der Breslauer demokratischen Führer erregt auch in der auswärtigen Presse großes Aufsehen. So schreibt Genosse Stampfer (Berlin) darüber in sozialdemokratischen Blättern:

Es ist nicht anzunehmen, daß es sich bei diesem Geldgeberverband um eine Einrichtung handelt, die auf Schlessen allein beschränkt ist. Aber Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um eine Organisation, eine Art von Wahl-Orgeß, die sich über das ganze Reich erstreckt. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß die Deutschen und die Deutsche Volkspartei aus dieser Stelle...

ähnlichen Geld nehmen, so viel sie kriegen. Vor einer schweren Versuchung stehen aber die bürgerlichen Mittelparteien, mit deren Finanzen es nicht aufs Beste bestellt ist, und die in ihrer Notlage der Lösung schwer widerstehen können. Dazu kommt, daß diese kapitalistischen Organisationen zur Korruption des öffentlichen Lebens in der sichtbar harmlosesten und äußerlich elegantesten Weise sich auch politische Einzelpersonen zu kaufen verstehen, so daß sie die bürgerlichen Parteien mit ihrem Einfluß durchsetzen.

Wir stehen hier vor einer großen Gefahr der Demokratie. In der Demokratie gehen alle Kämpfe um die wirkliche politische Macht, Wahlen von großer Bedeutung folgen rasch aufeinander und beanspruchen große Geldmittel. Das Geld allein tut es freilich nicht, aber eine Partei, die das Geld aus vollen Händen verstreuen kann, die mit Flugblättern, Wahlplakaten usw. nach Belieben wütet, und die vor allem Kraft ihrer Geldmittel eine weitverbreitete Presse in ihrer Hand hat, eine solche Partei hat natürlich vor andern, die in dieser Beziehung schlechter gestellt sind, einen ganz erheblichen Vorsprung. Das ist auch ein Argument, das gegen eine zu häufige Wiederholung von Wahlen und Abstimmungen spricht: Finanzschwache Parteien haben dann bald ihr Diktum verpulvert, und das Rennen macht, wer in brutalkapitalistischem Sinne den längsten Atem hat.

Die Arbeiterklasse sollte in ihrem Klassenkampf diese Schwierigkeit nicht verkennen. Wer sie in ihrer ganzen Größe erkennt, der könnte beinahe ein gewisses Verständnis für die kommunistische Theorie gewinnen, die dem Kapital die mächtige Waffe mit einem Male gewaltsam aus der Hand schlagen will. Hoffentlich wird sich die Arbeiterklasse trotzdem nie wieder zu dem Versuch verleiten lassen, einer aus feinsten organisierten gegnerischen Macht mit plumper Gewalt begegnen zu wollen, die Niederlage wäre ihr vollkommen sicher. Es bleibt vielmehr gar nichts anderes übrig, als der Organisation die Organisation, der verdienstlichen Hand des Kapitals den heroischen Opfermut des Proletariats entgegenzustellen und aus unzähligen kleineren Beträgen das Geld zusammen zu bringen, das zum Kriegsführen notwendig ist.

Da muß offen ausgesprochen werden, daß es leider auch auf diesem Gebiet nicht allzu gut bestellt ist. Auch hier hat die Zersplitterung ihre verwüstenden Wirkungen geübt. Die Unabhängigen befanden sich, wie in so vielen andern Dingen, auch darin im Irrtum, daß sie es für viel zu leicht hielten, einen neuen Parteiapparat aus dem Nichts heraus aufzubauen, und sie begreifen jetzt diesen Irrtum mit schweren finanziellen Verlegenheiten. Die Kommunisten sind aber von vornherein den verkehrten Weg gegangen, statt ihre Partei materiell auf den Opfermut ihrer Anhänger zu gründen, haben sie aus dem Vollen heraus mit den Mitteln gewirtschaftet, die ihnen Sowjetrußland zur Verfügung stellt. Diese Abhängigkeit der Kommunisten von einer fremden Regierung ist politisch kein geringerer Krebsbauch als die Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien vom Kapital.

Die einzige Arbeiterpartei, die durch ihre alte Organisation, ihre bewährten Einrichtungen und den nie versagenden Opfermut ihrer Millionen Anhänger imstande ist, den Kampf gegen die kapitalistische Korruption aufzunehmen, ist die alte Sozialdemokratische Partei. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus müßte jeder vernünftige Arbeiter begreifen lernen, daß im Kampf gegen Reaktion und Kapitalismus kein Platz nirgendwo anders sein kann, als in der alten, großen Sozialdemokratischen Partei. Hier sollen sich alle vereinen und alle mit ihren ganzen Kräften zum Sieg beitragen, sonst triumphiert die Uebermacht des Kapitals.

### Neue Richtlinien für die Arbeitszeit der Beamten.

Das in der Welle gefärbte bürgerliche Reichsblatt hat kürzlich für die Regelung der Arbeitszeit der Beamten neue Richtlinien aufgestellt. Jeder Beamte ist hiernach verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reichs zu stellen und die ihm übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in höherer Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit entsprechend zu erhöhen. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen; nur dort, wo aus örtlichen oder sonstigen Gründen eine solche Teilung unzumutbar erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenvertretung festgesetzt. Bei durchgehender Arbeit kann eine Frühstückspause bis zur Höchstbauer von einer halben Stunde gewährt werden. Für eine Uebererschreitung der 48stündigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Es wird angestrebt, die Tagesdienstzeit der an ein und demselben Ort befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gleichmäßig zu regeln. Alle bisher ergangenen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten, soweit sie mit obigen Richtlinien in Widerspruch stehen, sind aufgehoben.

### Die Hundertmilliardenforderung.

Wodurch ist sie möglich?  
Von Paul Löbe.

226 Milliarden Mark für Wiederherstellung angestrichelter Schäden und etwa 36 Milliarden Ausgaben sind zusammen 262 Milliarden Goldmark oder, nach dem Stande unseres heutigen Geldwertes, etwa 3000 Milliarden Papiermark. Eine Summe also, die ziemlich den ganzen privaten und öffentlichen Besitz Deutschlands vor dem Kriege ausmacht und für die man auch heute noch einen Großkauf mit allem beweglichen und unbeweglichen Gut kaufen könnte.

Das Recht zu dieser Ausplünderung glauben die Feindmächte aus den Fortschritten herleiten zu können, die deutsche Kriegführung in Nordfrankreich, Belgien, Italien, Polen, Serbien und Rumänien an Städten, Dörfern, Feldern, Wäldern, Bergwerken, Fabriken, Straßen, Brunnen, Säugern, Wäldern, Gärten und Alleen an Menschen und Tieren angerichtet hat. Das unversehrte Köln, Koblenz und Trier müssen dafür büßen, wenn Deutschland die in Ruinen gelegten Städte Kelms, Tiras und Verdun nicht wiederhergestellt — so brücte es ein Redner der französischen Kammer aus. Was jedoch jetzt verlangt wird, ist das Vielfache des Betrages, den die Gutmachung der gewiß furchtbaren Verwüstungen in den Kriegsgebieten erfordert. Das wird nicht nur von uns Deutschen, das wird auch von Neutralen, das wird selbst von Keynes, dem englischen Fachmann, und nüchternen Rechnern in den ehemals feindlichen Ländern nachgewiesen.

Wie aber kommt der Gegner zu der Auffassung, daß die Zahlung dieses ungeheuerlichen Tributs durch Deutschland möglich sei? Ich habe bereits im Reichstage in der viel angefochtenen Schlussrede darauf hingewiesen, welche falsche Auffassung der Fremde vom dem Wohlstand und der Leistungsfähigkeit Deutschlands erhält, der nicht die Quartiere der Arbeit und der Not, sondern die Zentren unserer Großstädte bereißt und aus ihnen seine Anschauung über unser Land gewinnt. Hier liegt eine starke Mitschuld der deutschen besitzenden Klasse, der „neuen“ Kapitalisten, aber auch der alten, an den Verirrungen der Gegner. Kann denn der Fremde glauben, daß wir ein armes Volk sind, wenn er die Seidenpracht der sogenannten besseren Gesellschaft, den überladenen Pelzbesatz der Damenroben, die Luxuskrümpe für 150 Mark und mehr, das üppige Schuhwerk, die Silbergeräte und Schmucksachen in den Auslagen der Berliner oder Münchener Läden sieht, wenn er die vollbesetzten Tafeln der Weinstauranten und großen Hotels, den Andrang zu allertüchtigsten Vergnügungen, den Sekt- und Likörkonsum (in einem Jahre für fast eine Milliarde Schaumwein!) und die Vergnügungsfahrten beobachtet — kann er dann noch glauben, daß wir wirtschaftlich gebrochen sind und als tief verarmtes Volk mühsam nach Rettung suchen? Wenn der Gegner liebt, daß hier eine Aktiengesellschaft 10 Prozent Gewinn auszahlt gegen 5 Prozent im Vorjahre, dort eine Schuhfabrik 24 gegen 12, eine Zuckerrübenfabrik 40 gegen 20 im Jahre vorher und noch höher hinauf, dann sagt er sich, daß es noch Schichten der Bevölkerung in Deutschland gibt, die genug haben, um das abgeben zu können, was wir ihm angeblich schuldig sind.

Will das deutsche Volk warten, bis feindlicher Zwang nicht nur unsere Hölle wegnimmt und unsere Ausgaben kontrolliert, sondern unsere Gesetzgebung auch bestimmt, diese hohen Verdiensten zu konfiszieren, durch Gewinn-, Besitz-, Luxussteuern usw. das Wohlleben der Wenigen so einzuschränken, daß es mit dem Leben des ganzen Volkes einigermaßen in Einklang kommt? Oder will es nicht vorher, selbständig, aus eigenem Entschluß, mit eisernem Griff jene Drohnen besetzten, die sich jetzt ärger als jemals auf die arbeitenden Klassen in Stadt und Land legen und sie ausrauben.

Die trassen Besitz- und Lebensunterschiede in unserem Lande sind die Plattform für Kommunisten und Ententisten, sie rechtfertigen die Agitation der einen und die Forderungen der anderen und hindern überhaupt durch ihr Dasein und ihr Beispiel die moralische und wirtschaftliche Gesundung der breiten Volksschichten, aus deren Arbeitskraft und Arbeitswillen allein die Zukunft unseres Landes zu erwarten ist.

Gegenwärtig sind die bürgerlichen Parteien daran, die Steuer- und Wirtschaftsgeetze des Reiches immer mehr zu Gunsten der Besitzenden umzubauen und damit die Bedrohung von außen und die Gefahren im Innern zu vermehren. Die Arbeitenden des Kopfes und der Hand in Stadt und Land müssen aufstehen, wenn dieser Mißbrauch beseitigt und eine vernünftige soziale Ordnung an Stelle der Ausplünderung des Menschen durch den Menschen gesetzt werden soll.

## Münchener Tagungszeitung.

Ein Rückblick auf die Krise der „Ordnungszelle“.

Ein halbes Jahr lang schrie man wenigstens alle Wochen einmal: „Wir geben die Waffen nicht her! Niemals geben wir die Waffen her!“

Als die Krise begann, und der Reichstag über die Partier Notizen beriet, da erklärten die Reichstagsfraktionen von drei bayerischen Regierungsparteien: „Wir sind für lokale Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen.“ Der bayerische Landtag telegraphierte: „Alle trennenden Strömungen fallen.“ Der naive Leser freut sich und denkt: „Also flücht sich Bayern und gibt die Waffen her!“

Aber da bist glücklich, wie man in München sagt. Das war am Mittwoch. Am Donnerstag schreibt das Organ der führenden bayerischen Koalitionspartei: „Die Einwohnerwehren sind so notwendig wie sie immer waren. Wenn die Reichsregierung das nicht einsehen will, dann entsteht eine Spannung zwischen dem Reich und Bayern. Und zu schwerer Erschlitterung wird es kommen.“ Der naive Leser denkt: „Nur noch ein Schritt, und die Waffen nicht her! Sie wollen revolutionieren!“ Die Kommunisten malen den Sowjetstern auf schwarz-weiß-roten Grund und ein Hakenkreuz oben auf, um unter diesem Banner zusammen mit Ludendorff gegen die Entente, Weizsäcker und die umliegenden Dörfer zu Felde zu ziehen, damit die Einwohnerwehren als unpolitische Einrichtung zur Bekämpfung des westlichen Sozialismus und der bolschewistischen Gefahr erhalten bleibt.

Am Samstag und Sonntag ist Herr Raab in Berlin. Was da geredet wird ist ganz geheim, so geheim, daß nur die Offiziere etwas darüber sagen dürfen. In Berlin sagen sie: „Die bayerische Regierung will das gerade Gegenteil von dem, was die Reichsregierung will.“ Der naive Leser meint, als will die bayerische Regierung der Reichsregierung trotzen. Aber mit Entzücken liest er in der bayerischen Regierungspresse, daß diese Deutung nur von Berlinern und Frankfurter Blättern und von norddeutschen sozialdemokratischen Zeitungen erfinden ist, um Herrn Raab und seine Freunde vor den Augen der Welt herabzusetzen.

Am Montag, Dienstag und Mittwoch wird in München beraten. Es wird anhaltend und mit großer Aufmerksamkeit beraten. Ueber den Stand der Beratungen wird jeden Tag ein Bulletin herausgegeben. Darin heißt es jedesmal, daß man sich im Schöße des Ministerrats und Koalitionsparteien vollkommen einig sei, und daß man unermüdet am alten Standpunkt festhalte. Der naive Leser meint, also geben sie die Waffen ganz gewiß nicht her. Also wird's kritisch.

Am Mittwoch Abend fünf Minuten vor zwölf kommt ein zusammenfassender Bericht heraus. Danach haben die Minister und Regierungsparteien drei Tage lang andauernd ihren Standpunkt geprüft und kein Fehl an ihm gefunden. Sie haben ihn von oben und unten, von rechts und links, von innen heraus und von außen hinein angegriffen und sind schließlich zur Überzeugung gekommen, daß er der beste aller Standpunkte ist und daß ein anderer Standpunkt sozusagen überhaupt kein Standpunkt wäre. Und deshalb werden sie sich auch auf gar keinen Fall und durchaus nicht auf einen anderen Standpunkt stellen. Und das wollen sie der Reichsregierung morgen schreiben. Unbekanntlich übrigens der Treue zum Reich.

Der naive Leser denkt: Jetzt ist's ganz gelehrt. Also ist keine Rede davon, daß sie die Waffen hergeben. Und die Reichsregierung kann ihnen sonst was. Aber die Staatszeitung schreibt gleich, daß wir der „Vorwärts“ Bayern gegen das Reich anspielt.

Und am Freitag Morgen steht in der Zeitung, daß es gar nicht so schlimm ist. Nämlich der Herr von Raab hat keineswegs nach Berlin geschrieben, daß man ihm den Hüsel herunterrücken soll. Sondern er hat nur geschrieben, daß sein Standpunkt kein Standpunkt bleibt. Aber ob er eingenommen wird, hat die Reichsregierung zu entscheiden. Und er, der Herr Raab, darf nur hinterher schimpfen, wenn es schief geht.

Also, denkt der naive Leser, also sind sie doch umgefallen. Aber wie ist das denn passiert? Hat das der Landesausgleich der bayerischen Sozialpartei befohlen, oder hat das der Herr Schröder befohlen, der erklärt hat, er sei zwar nie mit Schröder zusammen gewesen, aber trotzdem in der Entwaffnungsfrage anderer Meinung als sein Parteifreund Raab?

Aber der naive Leser ist eben naiv. Denn die Regierung ist überhaupt nicht umgefallen. Denn die Regierung ist gar nie anderer Meinung gewesen. Und am Donnerstag in der Frühe hat man das schon in Berlin gemerkt, weil der Korrespondent des Berliner Tageblatts es schon am Mittwoch Abend erfahren hat. Nämlich, daß der Ministerrat gar nicht befohlen hat, daß ihm die Reichsregierung was schreiben kann. Sondern ganz im

Gegenteil, daß die Waffen hergegeben werden, wenn die Reichsregierung es verlangt. Aber in München hat man es sich nicht so rasch zu sagen getraut, weil man gemeint hat, der Herr Schröder könnte einen Meistampf kriegen.

Im Ernst gesprochen: Haben wir nicht allen Grund, uns alleamt zu schämen, innerhalb und außerhalb Bayerns, daß so etwas in diesen Tagen bei einer deutschen Landesregierung möglich ist? Was hätte Herr von Raab heute zu verantworten, wenn durch die offizielle Auslassung am Mittwoch Abend, die doch nur als Ankündigung des Widerstandes gegen das Reich und somit als das gerade Gegenteil der wirklich gefassten Beschlüsse aufgeführt werden konnte, etwa die Arbeiterkraft unruhig geworden wäre und sich zu einer Unbesonnenheit hätte hinreißen lassen! Oder ist man den Nerven der reichstreuenden Münchener Arbeiter weniger schuldig, als denen des Herrn Schröder und seiner Getreuen? Oder glaubt man zu wissen, daß sich die Arbeiter immer bejammern zeigen als die Herren auf der Rechten? Das ist freilich eine merkwürdige Illustration zu der Ansicht, man die Einwohnerwehren wegen der Gefahr von links braucht.

Und weiter: Jedermann weiß, daß es heute möglicherweise nicht ganz leicht sein wird, von manchen Teilen der bayerischen Einwohnerwehr die Waffen herauszubekommen. Es ist gelinde gesagt, nicht gerade eine Erleichterung der Entwaffnungsaktion, daß von der Regierung diese ganzen Tage hier dauernd erklärt worden ist, die Einwohnerwehr sei eine Lebensfrage des bayerischen Volkes. Damit gibt die Regierung allen Widerstrebenden von vornherein Recht, die etwa sagen werden, wir geben die Waffen nicht her, weil wir damit unsere Lebensinteressen schützen müssen. Die Regierung Raab ist politisch und moralisch verantwortlich für alle Folgen, die sich daraus ergeben.

Die Bevölkerung der übrigen Reichsteile darf nicht glauben, daß die Regierung Raab das bayerische Volk ist. — Diese „harte“ Regierung, die das erste Mal, wo sie einen vernünftigen Beschluß fällte, erst nach 24 Stunden den Rat gewann, sich zu ihm zu bekennen. Die Münchener hätten zwar vielleicht ganz gern ihren Beschluß geändert, aber nicht gerade in der Politik. Und die Regierung wird das noch zu spüren bekommen. In Preußen aber soll man vor allem dafür sorgen, daß der Ausfall des 20. Februar den Eisenbahnen noch mehr auf die Nerven fällt, als die jetzt getroffene Entscheidung der bayerischen Regierung. R. L. (München).

## Die Zentrumsarbeiter werden rebellisch.

Die Masse hat keine Kultur.

Die Mißachtung der Interessen der Arbeiterwähler durch die Zentrumsparlamentarier in Hannover ging soweit, daß diesen Arbeiter zugemutet wurde, bei der Wahl zum Provinziallandtag einem gelben Gewerkschaftssekretär ihre Stimme zu geben. Das hat in den Kreisen der Zentrumsarbeiter einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, der seinen äußeren Ausdruck in folgendem Aufruf findet, der in den hannoverschen bürgerlichen Blättern veröffentlicht wird:

### Provinziallandtagswahl

Unsern Parteifreunden zur Kenntnisnahme, daß der auf der gemeinsamen Wahlrechtsliste der Deutsch-hannoverschen Partei und des Zentrums für den Stadtkreis Hannover (Kennwort: Arbeiterwähler) an 7. Stelle genannte Gewerkschaftssekretär Ludwig Heineke, Büchsenstraße 7, Angewandter im Deutschen Arbeiterbund (gelbe Partei) ist.

Da wir unsere Parteifreunden nicht jammern, Herrn Heineke und mit ihm auf gleichem Standpunkt stehende Herren zu wählen, empfehlen wir Wahlenthaltung.

### Der Aufruf der Arbeiterwähler-Zentrumsarbeiter.

Argendorff, Slime, Coen, Fr. Schwedhelm.  
Es ist in der Tat ein hartes Stück, den christlich organisierten Zentrumsarbeitern zuzumuten, einem ausgeprochenen Unternehmensekandidaten ihre Stimme zu geben. Die Entrüstung der christlichen Arbeiter ist um so berechtigter, als sie aus ihren eigenen Reihen genug Kräfte zur Verfügung stellen konnten. Wenn die Parteileitung des Zentrums trotzdem einen gelben Arbeiterwähler als gemeinsamen Kandidaten präferierte, so zeigt das deutlich, wie sehr man hier noch glaubt, den christlichen Arbeitern alles bieten zu können.

Ja doch in den maßgebenden Kreisen der Zentrumsparlamentarier der Gedanke von der Gleichberechtigung des Arbeiters immer noch nicht allgemein zur Geltung gekommen. Im Gegenteil. In manchen Kreislagen führender Geister zeigt sich heute noch eine Kinderverachtung der Masse der Arbeiter, die eigentlich erkennen machen müßte, wenn sie nicht noch jünger her als bekannt wäre. Das Wort des Bischofs Henle von Regensburg: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben“, gilt auch heute noch für viele einflussreiche Zentrumsführer als höchster Ausprägung christlich-sozialer Erleuchtung.

Was bedeutet dem Zentrum das Volk? Das hat mit aller Deutlichkeit in einer Zentrumsversammlung, die vor einigen Tagen in Köln getagt hat, die Reichertin, Frau Ministerialrat Weber, gezeigt. Die Masse ist nie Kulturträger gewesen. Sondern sie mit aller Unerschrockenheit, die dem allen weltläufigen Götzen gebührt haben. So schämt man im Zentrum jetzt die Kulturarbeit der Masse

ein, der Masse, die tagaus, tagein in ihrem gefährlichen Bern als Bergarbeiter, an den tausenden Werkzeugmaschinen, Spinnmaschinen und Webstühlen, auf der Lokomotive und auf den Dampfschiffen, bei der Eisenbahn und bei der Schifffahrt, in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit bei der Post und in den Amtsbüros, in dem aufstrebenden und neuenerfindenden Treiben der Kontore des Handels und der Banken, in den großen Verkaufsläden, in der Kenntnis der erforderlichen Arbeit der Zeitungsdrucker, im laienreichen Beruf der Verkehrs- und Transportarbeiter, auf dem Bau und in den Kanälen, an den Finger und Hände der fleißigen Holzbearbeitungsmaschinen usw. Kulturwerte schaffen und für das Wohlergehen der gesamten Menschheit sorgen. Ist diese Arbeit keine Kulturarbeit? Geht es in der heutigen Zeit, wo der Wiederaufbau unserer Wirtschaft, der Aufstieg unseres Volkes mehr denn je von produktiver körperlicher und geistiger Arbeit abhängt?

## Fachminister Heinze enthüllt sich!

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Reichsjustizminister Heinze, der noch kurz vor der Vertagung des Reichstages das Hohe Lied auf die heutige Justiz sang, sprach in Magdeburg in einer Wählerversammlung. Er ludte die Deutsche Volkspartei als Wiederaufbaupartei zu verteidigen, wobei er nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ das von ihm sonst immer vermeidene Geständnis ablegte: „Ob wir in Deutschland wieder eine Monarchie bekommen, ist dahingestellt, die Deutsche Volkspartei wünscht es.“ Nach dem neuen Enthüllungsbuch „Vorwärts“ über Wilhelm's Aussprüche in Holland, ist das wirklich ein mutiges Bekenntnis.

## Gegen nationalstiftische Spitzelmache.

Berlin, 12. Februar. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit: Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt unter der Überschrift: „Ein roter Aktionsplan für Groß-Berlin“ Mitteilungen, nach denen vom 1. März ab alle Vorbereitungen für die Durchführung einer Gewaltaktion von Seiten der kommunistischen Partei in Berlin und Umgebung fertig seien.

Demgegenüber wird, wie schon wiederholt betont wurde, ausdrücklich hervorgehoben, daß zwar linksradikale Pläne für eine gewalttätige Einleitung der Diktatur des Proletariats bestehen, daß aber mit der Ausführung dieser Pläne in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann. Einmal fehlt es an der Bereitwilligkeit der Massen der Arbeiterklasse, dem Ruf der kommunistischen Partei zu folgen. Im Gegenteil muß festgestellt werden, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter das Bedürfnis nach Ruhe empfindet, ihrem Verdienst nachzugehen will und es entschlossen ablehnt, sich von den Kommunisten auf die Straße treiben zu lassen. Weiter fehlt es den linksradikalen zur Durchführung ihrer Absichten an hinreichender Bewaffnung und schließlich auch an Geldern, da die russische Quelle schon seit längerer Zeit aufnehmend spärlich läuft. Endlich steht die Uneinigkeit in der K.P.D. selbst und der Streit, der zwischen dieser und der R.F.D. herrscht, einer großen einheitlichen Aktion hindernd im Wege.

Die Meldung der „Deutschen Tageszeitung“, nach der vom 1. März ab mit einem kommunistischen Gewaltstreik in Berlin gerechnet werden muß, ist mithin falsch.

## Die zerstörte Junterburg.

Aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium wird bezügl. dem Landwirtsch. Ministerium Dr. v. Raun den Zeitpunkt für die Auflösung des Landes-Oekonomikollégiums auf den 15. Februar festgesetzt.

## Ausland.

### Die Internationale und Oberschlesien.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Wie verlautet, soll e. 20. Februar die Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes, die in Oberschlesien die Abstimmungsfrage vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu klären soll, in Berlin eintreffen. Neben dem holländischen Jimmen gehört dieser Kommission auch der bekannte französische Gewerkschaftsführer Jouhaux an.

### Ein Ultimatum der polnischen Eisenbahner.

Warschau. Die Gefahr eines allgemeinen Eisenbahnstreiks in Polen ist noch nicht gebrochen. Von einer zentralen Eisenbahnerorganisation war den 8. Februar der Eisenbahnstreik proklamiert worden. Sämtliche anderen Eisenbahnerorganisationen und eine Konferenz der Eisenbahnergewerkschaften, die am 7. Februar zusammengetreten war, um über die neuen Lohnforderungen zu beschließen, erklärten sich zwar gegen den Streik im gegenwärtigen Augenblick; dennoch ist es am 9. Februar zu wilden Ausschüßungen gekommen. Die Regierung hat die Entlassung der ausschüßenden verweigert und gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen zur Hebung der Lage der Eisenbahner in Aussicht gestellt. Die Lage bleibt äußerst ernst, da die Eisenbahnerkonferenz ihre weit-

## Die Parasiten.

Roman von Bernhard Klieger.

341

(Nachdruck verboten.)

Und sie sprachen noch eine Weile miteinander. Eine neue Welt erschloß sich vor Jakob's Augen. Dinge, an die er nie gedacht, und die ihm jetzt in ihrer überschwänglichen Einfachheit als Selbstverständlichkeiten erschienen. Und noch etwas erkannte er aus den Worten Löwensteins: daß da vor ihm ein Mensch lag mit überaus klarem Verstande, mit umsehendem Blicken und überaus großer Bescheidenheit. Und immer wieder blühte er in das blaue Gesicht. Das war so jung, höchstens 25 Jahre, mochten ihren Griffel in das Gesicht eingegraben haben. Er konnte sich nicht enthalten, zu fragen:

„Welche Rolle spielt Du in der revolutionären Organisation?“

Ein kaltes Gesicht blickte über des anderen Köpfchen. Dann legte er mit leiser weicher Stimme:

„Ich bin das Oberhaupt der gesamten Bewegung!“

Jakob war überaus glücklich. Denn sah er also den Organisator der Revolution gegenüber. Und dann blühte er sich nochmals im Zimmer um. Es blieb so erregt, wie es war. Und auch der Augen blitzte Lebensfreude. Und hier in diesem elenden Loch liefen sie haben zusammen, die den einstigen Adel von einem Alpdruck befreiten sollten? Jakob schüttelte leise den Kopf. Löwenstein ergriff die Schenkel Jakobs. Und er sagte:

„Ich kann nicht in einem Schloße hausen, wie der Herr, ich bin ein armer Arbeiter! Und ich, wenn ich es kann, hätte ich es nicht. Denn, wie ich ich den beiden jener nachsehen kann, das Haus, das Herr, wenn ich es nicht hätte, ein eigenes Zimmer.“

Jakob nickte. Durch sein Hirn zogen die Worte, die einst Friedrich zu ihm gesprochen:

„Ein Arbeiter darf nicht mehr sein wollen, als die, die er ist. In einem elenden Schloß muß es hausen, so lange es noch einen Menschen gibt, der nicht weiß, was er sein will.“

Sie gingen die Konstantinowka hinunter. Löwenstein zeigte Jakob einige Häuser, die in einem Hofe standen.

„Zwei Häuser“, legte er, „das politische und literarische Theater. Und das Leben ist etwas richtig nebeneinander. Es ist wie im Leben, Schmarotzer finden sich und fragen nicht, was die Arbeit, und auch sie Arbeiter werden uns finden und werden nicht fragen, was die Arbeiter sind.“

Sie gingen ungefähr 20 Minuten. Die Zeit näherte sich der Mittagstunde. Da wurde Löwenstein die Hand aus und wies auf ein niedriges Gebäude, erbaut von roten Ziegeln.

„Hier“, sagte Löwenstein, „ein Beispiel. Ein Beispiel, das man von dem Gebäude. Es war, als ob man sich einem Diener hätte nähert.“

„Sagst Du das Haus?“

„Und als Jakob nickte, fuhr Löwenstein fort: „Es ist die Textilwarenfabrik von Hermann! Tausende und abertausende von Menschen arbeiten dortinnen. Jung, blühend und fröhlich gehen die Menschen hinein, alt, weis und entkräftet kommen sie wieder heraus, um sich auf die Totenbahnen zu legen. Von frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten sie in Schweiß ihres Auges.“

Sie Frauen nicht rühren, die Maschinen können unabhängig nach Schreien. Sie Frauen nicht, die Menschen, als ihre Arbeit. Für sie existiert nichts Gutes. Sie wollen nicht, was Licht, was Sonne ist. Ihre Hingabe müdet in ihrer Seele. Für diese Menschen arbeitet kein Vater, kein Schlichter, kein Richter. Sie verlassen die Fabrik, um sich nach Hause zu begeben. Esen das Heilige, was sie haben und werden sich übergeben auf das arme Leben. Und am Morgen stehen sie auf und gehen wieder in die Fabrik. Und das Tag für Tag. Nur eine Freude haben sie und das ist der Schnaps. Den gibt ihnen die Regierung, damit sie an dem Tage, wo sie rasen dürfen, sich bekümmern können, um nicht das Elend ihrer Tage zu erkennen. Schnaps, gewöhnlicher Schnaps, heißt man ihnen in den Deit. Und der Herr schmeckt ihnen den Kopf des Denkens. Die arbeitslosen paar Schnaps.“

„Und sie werden, geben sie der Regierung für den Schnaps. Und was leisten sie? Die praktischen Gemeine aufgeben unter ihren Händen, von dem Land, bekommen die Körper leer zu bleiben, die das Geld kauft. Für die das Geld kein Heilbringer ist. Und der Herr hat kein Geld? Er ist nicht geworden. Der Schnaps keiner Arbeit hat keine Tüchtigkeit. Er bekommt die Hände seiner Schenken machen, bis sie nicht mehr sein können und sterben.“

Beide waren an die Fabrik herangekommen. Sie stellten sich an ein großes, eiserne Tor, das weit geöffnet war. Ein großer, langer Pfiff ertönte. Das Getöse im Gebäude verhallte. Und nach einer Weile passierten umhüllte Menschen das offene Tor. Frauen und Männer und junge Menschen, fast noch Kinder. Kein Wort sprachen sie. Lautlos zog die Karawane an den beiden vorbei. Etwas Gemeines hatten sie in ihrem Gange. Sie ließen die Hüfte wackeln und saßen auf. Die Kinder, die Frauen und die Männer. Alle hatten sie gemeinsam: die stupid blühenden Augen, die verwirrten Gesichter und den ergeben zu Boden gesenkten Kopf.

Eine riesige Menschenmenge ergoß sich durch das Tor. Wie eine Schlange, die nicht enden wollte.

Löwenstein sprach kein Wort. Er blickte Jakob stumm an und sah, daß dessen Züge festig arbeiteten. Nüchtern wurde hinter ihnen eine Lutholpe hörbar. Die beiden blickten sich an. Sie sahen einen Herrn in eleganter Kleidung, wie er mit elastischen, federnden Schritten auf das Auto zugeht. Sein Gesicht war ruhig und geglättet und sein Körper aufrecht. Er lag in den Wagen ein, der Chauffeur turbelte an und lautlos fuhr das Gefährt über die Straße; mitten durch den Strom der Arbeitseute.

„Weißt Du, wer das war?“ frug Löwenstein.

Jakob schüttelte den Kopf.

„Nein! Woher soll ich das wissen?“

„Das war der Herr der Fabrik, Hermann!“

Sie fanden noch eine kleine Weile, da ging auf sie ein Mann zu. Einzig, der sich in nichts von den übrigen unterschied, mit denen er gekommen. Löwenstein gab ihm die Hand.

„Nun, wie heißt Du, Pamel?“ frug er.

„Ich habe schon viel gearbeitet“, erwiderte der, „alle Lehren sind alle nach Freiheit!“

„Werden Sie also mitarbeiten?“

„Gut! Arbeit weiter, Pamel! Die Kämpfe sind eine gute Sache. Ich werde versuchen, in den nächsten Tagen bei Hermann als Arbeiter einzutreten und werde dann diejenigen, die Da noch nicht gewonnen, vielleicht für unsere Sache gewinnen können.“

(Fortsetzung folgt.)

gehenden Selbstforderungen, darunter die Forderung der Auszahlung der Gehälter für die Zeit des vorigen Streits und die Wiederherstellung der aus Anlaß jenes Streits entlassenen Eisenbahner, der Regierung in Form eines Ultimatum überreicht hat, das auf den 7. März befristet ist und die Drohung des allgemeinen Eisenbahnerstreiks enthält.

### Tschechien im ober-schlesischen Abstimmungs-kampf neutral.

Im Sudetener Ländchen und in der Gegend von Troppau werden Gerüchte verbreitet, daß alle Oberschlesier, die sich an der Abstimmung, sei es für Deutschland oder für Polen, beteiligen, binnen einem Jahre das Gebiet der tschecho-polnischen Republik verlassen müßten. Offiziell wird dazu aus Prag gemeldet, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren und daß die tschecho-polnische Republik in der Abstimmungsfrage unbedingt neutralität aufbewahrt. (Die Tschechoslowakei will Polen in Oberschlesien nicht begünstigen, um nicht ein polnisches Oberschlesien, einen Herd politischen und wirtschaftlichen Zerfalls, als Nachbar zu haben. Red.)

### Deutsche Lokomotiven für Spanien.

Madrid, 18. Februar. Die spanische Regierung hat deutschen Firmen die Lieferung von 118 Lokomotiven, die vor Ende 1921 fertiggestellt sein sollen, übertragen.

### Eine lobenswerte Absicht.

Paris, 18. Februar. Die Agence Havas meldet, beabsichtigt der Arbeitsminister, einen Gesetzentwurf über die obligatorische Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter, sowie über eine Versicherung für Mütter der arbeitenden Bevölkerung auszuarbeiten zu lassen.

Es ist auch wirklich höchste Zeit, daß der französische Arbeitsminister dergleichen — beabsichtigt.

### Die Reaktion auf den Hochschulen

Ein akademischer Mitarbeiter schreibt der „Volkswacht“:

Die kürzlich erfolgte Neuwahl der Studentenvorstellung der Universität Berlin hat bei einer Wahlbeteiligung von 6225 unter ungefähr 10 600 Wahlberechtigten zu der für die deutschen Hochschulen üblichen starken deutschnationalen Mehrheit geführt. Der „Hochschulrat deutscher Art“ hat, in Berlin erstmalig unter Einfluß des größten Teiles der katholischen Studentenverbindungen, mit drei Listen insgesamt 86 von 100 Sitzen. Hierzu sind als weitere „ökologische“ Gruppe noch verschiedene ähnlich geordnete Verbände mit 5 Sitzen zu zählen. Die Minorität verfügt demgegenüber nur über 29 Sitze, was einen Rückschlag im Vergleich mit dem vorigen Jahre bedeutet. Die Verteilung ist hier: Freistudenten 9, Sozialisten 4, Kommunisten 1, zwei jüdische Gruppen 9, sonstige 6. — So zeigt sich, daß trotz der Betrügereien, die durch die Führer der Deutschnationalen in reichlichem Umfange (65 000 Mark im letzten Jahre) verübt worden sind, eine umfangreiche schwarz-weiß-rote Wahlpropaganda hier ihren Zweck erfüllt hat. — Im Ausschub der Studentenschaft, dem Ministerium, ist nach der Neubestellung von Seiten der Minorität lediglich ein Vertreter der jüdischen Korporationen, Freistudenten und Sozialisten haben ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Rechtsparteien abgelehnt.

Die Hamburger Studentenschaft bzw. ihre reaktionäre Zweifelhelferschaft fühlt sich verpflichtet, mit Unterstützung des Vorstandes der Deutschen Studentenschaft die Freiheit der Wissenschaft zu schützen, die sie durch das neue Hochschulgesetz bedroht sieht. Die Hamburger Volkswacht hat nach langen Verhandlungen ein Gesetz angenommen, das gegenüber den bisher im Reich geltenden verfassungswidrigen Gesetzen eine Neuerung bringt durch Einschränkung einer Hochschulbehörde; diese zählt 22 Mitglieder, von denen zehn von der Bürgerchaft — die zurzeit eine Mehrheit der S.P.D. hat — von der Hamburger Volkswacht gewählt werden. Aufgabe der Behörde ist unter anderem die Berufung der Dozenten, kurz all das, was anderwärts durch die Kultusministerien wahrzunehmen ist. — Wie zu erwarten, befragt diese Regelung den Fakultäten und Dozenten wenig, die — wohl nicht ganz mit Unrecht — fürchten, daß bei dieser Gelegenheit etwas neuzeitlicher Geist unter sie dringen könnte. So wird die Studentenschaft mobil gemacht und, nachdem das Gesetz, in dem anzuerkennende Forderungen der Studentenschaft noch während der Beratung aufgenommen worden sind, jetzt in Kraft treten soll, wartet man erst gar nicht den Erfolg ab, sondern beginnt den Feldzug mit den sonst so geschätzten Mitteln der Aufsehnung gegen die Obrigkeit. Die Studentenvorstellung ist sich auf Antrag der Mehrheit auf und gründet einen „Rat“, indem man die Minorität nicht aufnimmt. Murschgemäß schließt der Vorstand der Deutschen Studentenschaft die Hamburger aus, obgleich er dazu in keiner Weise berechtigt ist. Im übrigen macht der „Hochschulrat deutscher Art“ der Hamburger Studentenschaft klar, daß es „vaterländische Aufgabe“ sei, zum Schutze der freien Lehre und Forschung die Unversität Hamburg zu verlassen. — Diese ganze Angelegenheit könnte vielleicht unwichtig erscheinen, wenn man die politischen Verhältnisse außer Acht ließe. Vor 1918 hätten die deutschnationalen Kreise gegen eine solche Regelung nichts einzuwenden gehabt, da ja Senat und Bürgerchaft von Hamburg im sicheren Besitz der eigenen Parteien galten, ebenso wie die einzelnen Kultusministerien in den deutschen Ländern. Jetzt aber, muß die Studentenschaft eine sofortige Revision des Unversitätsgesetzes verlangen, da der Bestand der Unversität gefährdet ist.

Vom 2. Redaktion: Als die Studentenschaft ihre Einheitsorganisation aufbaute, haben auch Sozialisten dabei an führender Stelle mitgearbeitet, um durch Selbsthilfeeinrichtungen der studentischen Gesamtheit die armeren Kommilitonen gegenüber den reicheren Mitgliedern der feudalen Korporationen zu finden, und um aus der Studentenschaft her doch wenigstens ein schwaches Echo für die Hochschulreformbestrebungen zu erwecken. Das wichtigste Merkmal der Studentenschaftsleitung, die angeblich noch gemäßigter ist, wird aber ihre Einheitsorganisation an jeden Reichtum. Gegenüber reaktionärer Obstruktion ist auch die äußerlich maßvolle und optimistische Haltung des preussischen Unterrichtsministeriums auf die Dauer anzunehmen.

### Breslau (Land)-Neumarkt.

Klein-Mochberg. Am Donnerstag, den 10. d. Mts., fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt. Als Redner war Genosse Dehner Gätig erschienen, welcher in einer halbstündigen Rede die Wichtigkeit der Wahlen am 20. Februar kennzeichnete. Redner verstand es in sachlicher Ausführung und leicht begreiflichen Worten die Zustände der früheren monarchischen Regierung und ihrer kapitalistischen Hintermänner zu beleuchten, wobei er scharf mit der deutschnationalen Volkspartei bis zu den Demokraten abzählte, welche für das Elend des deutschen Volkes, speziell der minderbemittelten Bevölkerung, verantwortlich zu machen sind. Genosse Gätig ging in seinen Ausführungen auf die Folgen der ostelbischen Junter und Trabantent, welche nie genug über die angebliche sozialdemokratische Regierung, die doch nur eine Koalitionsregierung war, herfallen können, um sie nach allen Regeln der Kunst zu verleumben. Im Schlußwort brachte der Redner noch einige Beispiele unserer heutigen Politik zum Vortrag und machte die Anwesenenden mit der technischen Ausführung der Wahl vertraut. Reichlicher Beifall besahnte den Redner für seine sachlichen Ausführungen. In der Diskussion sprach Genosse Knobloch über die Landtags-, Provinz- und Kreiswahlwahlen und ergänzte so die Ausführungen des Genossen Gätig, was mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Genosse Frost erwähnte alle Anwesenden, nicht auf die Teilnehmer unserer Rechtsparteien reinzufallen, welche mit allen Mitteln versuchen, durch die Wahlen Preußen an sich zu reißen, um dem Volke alle Freiheiten, insbesondere den Achtundtags-, Versammlung und das freie Wahlrecht usw. zu rauben. Weiter forderte er die Anwesenden auf, sich dem Konsumvereine in Borsdorf anzuschließen, da wir jetzt auch ein Lager in Gaudau errichtet haben, so ist es Pflicht aller Genossen, es auch tatkräftig zu unterstützen. Nach weiteren Aufforderungen, auch unsere Tellerammlung nicht zu vergessen, da die Gegner Millionen in den Kampf werfen, schloß Genosse Frost die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und die Deutsche Republik.

82,85 Mark wurden für den Wahlkampf eingenommen. Derselben 8 Aufnahmen in die Partei.

**Parteilgenossen und Genossinnen!**  
Seht Eure Anzeigen in der „Volkswacht“ auf!

Keylline. Am 6. d. Mts. fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die sehr stark besucht war. Als Referent erschien Genosse Hans Bresslau. Er gab den Versammelten ein klares Bild über die bevorstehenden Wahlen, auch sprach er über die jetzige Sachregierung und deren Minister. In der Diskussion beteiligten sich Herr von Bieres. Anfangs seiner Worte schloß er sich ganz den Aussagen unserer Genossen an, nur bis auf das Beste, die Forderung der Sozialisierung der Betriebe, und die energische Herausforderung zwecks Abgabe von Brotgetreide und anderer lebenswichtiger Bedarfsartikel zu angemessenen Preisen, war ihm zuwider. Auch ein zweiter Herr der Deutschnationalen, und zwar Herr von Schönebeck (Wasserjens) hatte etwas zu montieren, und zwar den schönen und durchaus notwendigen Schutz jener Herren, die Orgel! Dann sprach noch einer unserer dortigen Genossen, und belehrte die Herren. Zuletzt brachte die Versammlung noch ein donnerndes Hoch auf die Sozialdemokratie aus. Eine Tellerammlung ergab die Summe von 33,50 Mark.

Brandtsch. Am Freitag, den 11. d. Mts., fand hier eine vom schlesischen Landarbeiterverband einberufene Landarbeiterversammlung statt, die von den Landarbeitern der Orte Brandtsch und Leonhardt besucht ar. Nachdem der Vertreter des schlesischen in einhalbstündigen Ausführungen die Stellung des schlesischen Landarbeiterverbandes zu den Wahlen auseinander gestammelt hatte, ergriß Kreisleiter Kollege Hilbich vom Deutschen Landarbeiterverband, Kreis Schweidnitz, das Wort.

In längeren Ausführungen rief er dem Gegner die Maske vom Gesicht und wies besonders auf die Auffstellung des schlesischen Sekretärs Heidrich, auf die Landtagsliste der Deutschen Volkspartei hin.

Reicher Beifall bewies, daß auch im Kreise Neumarkt die Landarbeiter sich von dieser gelben Sumpfpflanze frei machen, und am 20. Februar ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei geben werden.

Herrmannsch. In einer öffentlichen Volksversammlung, die sehr gut besucht war, sprach neulich Gewerkschaftssekretär Hans über die Preußenwahl. Seine Ausführungen wurden begeistert aufgenommen. Gegner meldeten, sich nicht zum Wort. Eine Tellerammlung brachte 2,50 Mark für den Wahlfond.

Klein-Tschanitz. Die Angst der Spielbürger. Hand hat neulich vom Arbeitergesangverein Echo in Groß-Tschanitz ein Rasenball statt, mit dem ein Preiswettbewerb verbunden war. Ein Genosse sollte am helllichten Tage dazu die Luftgewehr aus seiner Wohnung ab. Sofort überkam einige bürgerliche Anglieder, die das sahen, die Angst vor den Spartafluten, und der betreffende Genosse mußte eine Hausjagung nach Waffen über sich ergehen lassen, die aber zur großen Betrübnis der Herren ohne jeden Erfolg war. Erkennlich bleibt dabei nur, daß diese Herren nicht etwa Angst vor den Waffen haben, denn in ihren Händen werden sich noch genug richtige Waffinstrumente befinden, erkennlich ist nur, daß sie Angst haben, vor einem Luftgewehr in den Händen eines Arbeiters.

### Aus der Provinz Schlesien.

Für den Wahlfonds  
find bei dem Unterzeichneten weiterhin folgende Beiträge eingegangen, worüber hiermit quittiert wird:

- Ortsgruppe Hartlieb 600 Mk., Schrettersdorf 20 Mk., Scholz-Rauden 20 Mk., Sch. durch Growig 500 Mk., Sch. durch Growig 300 Mk., St. durch Growig 1000 Mk., B. durch Growig 300 Mk., durch M. Sempel 100 Mk.
- Aus Tellerfassungen: Bronzenberg 46 Mk., Cammelwitz 28 Mk., Winklitz 28 Mk., Kruschütz 20,80 Mk., Stimmel 12,10 Mk., Schmiegröbe 50 Mk., Gr. Anster 16,55 Mk., Gr. Peterwitz 29 Mk., Eugine 62,20 Mk., Gr. Neuborf 45,55 Mk. und 57 Mk., Langwitz 30 Mk., Rangschütz 60 Mk. und 90 Mk., Schreienberg 25,75 Mk., Wofellage 38 Mk., Tschepowitz 40 Mk., Pampitz 20 Mk., Jochitz 37,75 Mk., Lasowitz 62 Mk. und 65 Mk., Märzdorf 78,05 Mk., Strehlen 49,89 Mk., Löppendorf 63 Mk., Rappersdorf 28,60 Mk., Gaffelnitz 70 Mk., Ditz. Lauben 60,30 Mk., Lohndorf 30 Mk., Grlachsdorf 20 Mk., Langendielau 22,15 Mk., Schöberggrund 41 Mk., Rengersdorf 30,30 Mk., Halbenort 55,50 Mk., Goldbach 22,80 Mk., Miersdorf 69 Mk., Kraramsdorf 40 Mk., Gr. Wersdorf 12,90 Mk., Rapsdorf 23,85 Mk., Kunzendorf 17 und 39 Mk., Sträbel 57,05 Mk., Strehlitz 4,15 Mk., Gr. Wiesen 14,20 Mk., Rattenbrunn 25,60 Mk., Wunsdorf 39 Mk., Frauenhain 7,95 Mk., Schmöitz 59 Mk., Damsitz 62,20 und 29,30 Mk., Kreis 41,40 Mk., Weigwitz 40,40 Mk., Carlowitz 45,20 Mk., Wagners 16,70 Mk., Roggen 21,15 Mk., Oberhof 29 Mk., Sulzdorf 27,20 Mk., Wilschütz 60 Mk., Gr. Grawitz 71,00 Mk. und 11,50 Mk., Domsiau 26,32 Mk., Steine 95,70 Mk., Margarete 71,65 Mk., Klettendorf 64,04 und 86 Mk., Pollogwitz 25 Mk., Neuhäufel 29 Mk., Wilschütz 22,05 Mk., Rothfäden 95,30 Mk., Schieblagwitz 45,20 Mk., Gr. Tantsch 69 Mk., Goldschmidt 22,40 Mk., Schottwitz 51 Mk., Pohlenowitz 101,55 Mk., Oppert 17,20 Mk., Rohlendorf 10,55 Mk., Polnitz 15,50 Mk., Schöbeck 27,30 Mk., Gr. Peterwitz 62,70 Mk., Strule 31,20 Mk., Gr. Bresa 14,50 Mk., Bruch 20,95 Mk., Wilsau 35 Mk.
- Aus Sammelkassen: Scharke Nr. 1501 20,50 Mk., Nr. 1502 23,20 Mk., Pramlen Nr. 1618 58 Mk., Nr. 1619 23 Mk., Rauen Nr. 1586 25 Mk., Nr. 1587 61,50 Mk., Langwitz Nr. 1531 38,75 Mk., Jochitz Kreis Ohlau Nr. 1697 18,50 Mk., Nr. 1698 55 Mk., Nr. 1699 25,50 Mk., Tiergarten Nr. 1686 15 Mk., Nr. 1687 15 Mk., Nr. 1688 20 60 Mk., Potenthal Nr. 229 60 Mk., Nr. 230 57 Mk., Klein-Gandau Nr. 240 172,50 Mk., Nr. 243 116,50 Mk., Nr. 244 115,50 Mk., Nr. 245 144 Mk., Rappeten Nr. 322 60 Mk., Nr. 323 73,50 Mk., Nr. 324 107 Mk., Nr. 326 30 Mk., Nr. 327 85 Mk., Oppertau Nr. 285 9,20 Mk.

Die Orte, die mit der Einfindung der Tellerfassungen noch im Rückstande sind, werden um baldige Ablieferung gebeten.

G. Scholz, Bezirks-Partei-Sekretär.

Lossen, Kreis Drebitz. Wir wählen sozialdemokratisch. In einer neulich hier stattgefundenen deutschnationalen öffentlichen Versammlung konnte Herr Studienassessor Gierlich, der in seinen Ausführungen die sozialdemokratische Arbeiter mit schuldigen Schwärzen bedachte, nur durch das Darwischenreten des Genossen Jante vor einer handpresslichen Auseinandersetzung bewahren. Die Arbeiter von Lossen werden sich am 20. Februar daran erinnern, und den Herren, die vor der Wahl Zureden geben und nach der Wahl die Peitsche, die einzig richtige Antwort ist, indem sie den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne werfen.

Tierzgarten. In einer öffentlichen Versammlung hatte die sozialdemokratische Partei Tiergarten am Mittwoch, den 9. Februar eingeladen. Genosse Knobloch die Erklärungen willkommen und erteilte dem Genossen Knobloch, Ohlau das Wort zu seinem Referat: Die bevorstehenden Wahlen. Ausgehend von dem alten Preußen mit seinen arbeitereindlichen Einrichtungen ging Redner auf das neue freie Preußen mit seinen demokratischen Einrichtungen über. Daß die Deutschnationalen mit allen Mitteln die Macht zu erlangen suchen, bewies Genosse Knobloch an vielen Beispielen. Hier darf die Arbeiterchaft weder durch Zersplitterung noch durch Verdrängung der Rechtsparteien Vorparadenisse leisten. Eine geeinte Arbeiterschaft muß am 20. Februar den Sieg erringen! Genosse Steinberg, Tiergarten schloß sich den Worten des Vortragners an und erwähnte ebenfalls zu treuer Mitarbeit. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Schweidnitz. Achtung! Allen Vorkänden unserer Vereine sowie allen Wahlhelfern am Wahltage zur Kenntnis, daß die Kreisleitung bei unvorhergesehenen Zwischenfällen oder Ereignissen, sowie zur Ueberrmittlung von Wahlergebnissen abends nach der Stimmzählung unter: Schweidnitz, Telephon Nr. 45, Kennwort: Sozialdemokratisches Wahlbureau, anrufen ist.

Zugenden ersuche ich die Vorkände, alle Einnahmen aus Tellerfassungen sowie die Beiträge aus eingegangenen Sammelkassen sofort an Genossen Jante zu senden.

Die Kreisleitung.  
S. A. Reinhold Jante, Parteisekretär.

### Kirche und Staat.

Bei Beratung des Untermittelungs 1920 wurde von sozialdemokratischer Seite betont, daß wir bestrebt seien, jedoch als möglich die Trennung von Kirche und Staat herbeizuführen, aber nicht auf dem Wege der Gewalt. Der Zentrumsgesandnete Laufner erklärte das auch an, indem er es ausdrücklich in der 83. Sitzung feststellte, wobei er folgendes sagte:

Was das Programm der Sozialdemokratie betrifft, Trennung von Kirche und Staat, so bezweifle er es, daß von mehrheitssozialistischer Seite ernstlich erwünscht ist, daß das was man heute hat, einen gewissen Grad bei dieser Trennung vorzuziehen, daß man vielmehr gemittelt sei, im Sinne einer friedlichen und rechtlichen Auseinandersetzung das frühere Verhältnis zu lösen.

Trotzdem gehen noch die gegnerischen Parteien mit dem Schwindel umher, die Sozialdemokratie wolle Religion und Kirche unterdrücken. Nein, wir wollen nur die Freiheit beider Teile, wollen keine Zwangs- und Schindereien mehr, sondern echte Gemilts- und Geistesbildung. Wer bezirz eintritt, der

### wähle sozialdemokratisch!

### Bereinstellender.

Deutscher Arbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau). Mittwoch, den 15. Februar, abends 6 Uhr, in der „Wilschütz-Gasse“, Neudorf 14: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Alles Weitere siehe Inserat.  
Sozialdemokratischer Verein Tschöben und Umgegend. Dienstag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, findet in Pölsels Gasthaus in Dittwig eine öffentliche Volksversammlung statt. Redner: Fraulein Rühnig, Breslau. Thema: „Deutschlands und Preußens Schicksalsfrage“.

**Fahr**  
als Rad- und Kraftfahrer, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben, Continental-Pneumatik. Aus besten Rohstoffen hergestellt, ist er im Gebrauch billig.

**Continental**  
Pneumatik



Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Februar 1921.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteilosen und Genossen! Auf! Heut Abend alles in die Distrikts-Versammlungen! Niemand fehle! Alles sei zur Stelle!

Beamte heraus!

Dienstag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Beamten-Versammlungen.

Post- und Telegraphenbeamten

„Wilhelmsburg“, Neuborsstraße 54. Redner: Landtagsabgeordn. W. Winger.

Kommunalbeamten

„Bürgergarten“, Weidenstraße 21. Redner: Kollege Tige und Landtagsabgeordn. Kollege Feige.

Justizbeamten

„Lokal: Ger. Schwib, Soziale-Anstalt (Glasaal) Reicherberg 21. Redner: Provinziallandtagsabgeordn. R. Maché.

Auf! Beamte, in die Versammlungen! Frauen mitbringen!

Eisenbahner! Beamte und Arbeiter!

Morgen Dienstag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Eisenbahner-Versammlungen

im „Central-Saal“, Westendstraße 52, und „Samsjour“, Mehlstraße 11.

Redner: Gaeztig, Fuhrmeister, Th. Müller und Sabisch. Zutritt zu den Versammlungen haben nur Eisenbahner.

Ungeheilte!

Heute abend 7 Uhr im Friedberg, Kaiser-Wilhelmstraße:

Ungeheilten-Versammlung.

Massendemonstration der Sozialdemokraten

gegen die Steuerpläne der Finanzminister.

In gewaltigem Aufmarsch haben am gestrigen Sonntag vor- mittag Tausende von Frauen und Männern ihr Verbotnis zur Sozialdemokratie abgelegt. Es war eine Heerschau der Massen von einflussvoller Ordnung und wuchtiger Geschlossen- heit. Planmäßig schloß sich der Aufmarsch aus allen Stadtteilen auf dem Schloßplatz. Um 10 Uhr war er vollendet. Die Jüde marschierten zum Teil mit Gesang auf, in allen aber wurden Plakate, Ausrufe und Kampfrufen lautstark getrieben. „Seid einig!“ mahnte es, „Vereinigt alles, vereinzelt nichts!“ „Nieder mit der Reaktion!“ „Hoch die Republik!“ und viele, viele andere. Ein Plakat zeigte einen Esel und die Worte: „Ich und meine Brüder wählen deutschnational!“, eine in drastische Form gekleidete Kampfanzeige.

Die Demonstration richtete sich gegen den neuen Wucher und die neuen Steuerpläne der Finanzminister. Die Redner, die Genossen Gaeztig, Meise, Sahn und Marsch, wandten sich gegen die bürgerliche Steuerpolitik, die nicht nur eine weitere Schonung des bisher noch nicht herangezogenen Kapitalismus erstrebe, sondern noch eine weitere Entlastung des Volkes und eine noch gewaltigere Belastung der Massen. Die Wahlen am 20. Februar müssen diese Pläne zunichte machen.

Mit Hochrufen auf die alte Sozialdemokratie schloß die Demonstration. In musterhafter Ordnung zogen die einzelnen Züge in die verschiedenen Stadtteile zurück.

Der Wahlkampf in Breslau.

Das Zentrum.

Im Kongreßhaus sprach Freitag der preussische Wahl- fahrtsminister Zentrumsmann Stegerwald. Er gehört als ehemaliger Arbeiter dem linken Flügel seiner Partei an und fand daher in der Diskussion mit seinen sachlichen Aus- führungen Kritik auch von seinen eigenen Parteifreunden. (Großlautlos und Hausbesitzer). Der Minister verteidigte die preussische Höchstlohnverordnung, kündigte aber leider eine Ein- schränkung der Beschlüsse der Arbeiterkongresse an. Sehr vernünftige Worte fand er für den Übergang Preußens in die Reichsrepublik durch Ausbau der preussischen Provinzen zu Reichs- provinzen und Zusammenlegung der Zentralverwaltungsstellen in Berlin. Die Verammlung verließ infolge Aufregung der Hausbesitzer sehr lebhaft, jedoch durch vorzeitigen Schluß der so- zialdemokratische Redner nicht mehr zu Worte kam.

Die Deutsche Volkspartei.

Die Wählerversammlung, die die Deutsche Volkspartei am Freitag abend nach dem Schiefwender einberufen hatte, zeigte wieder eine glänzende Reize. Noch nicht bis zur Hälfte war der große Saal besetzt und unter den Besuchern war wiederum ein großer Teil aus anderen politischen Lagern, die aber auch mal einen „Volksparteiler“ reden hören wollten und diese Gunst noch mit einer Mark Eintrittsgeld bezahlen mußten. Diese Versammlun- gung war allerdings die Mark wert; denn wenn die Redner der Volkspartei weiter solche Reden hielten, dann werden sie zu den nächsten Versammlungen immer kleinere Säle nehmen müssen. Sie nennen sich „Volkspartei“, d. h. die Partei der Massen. Ob sie wirklich denken, den Massen damit zu imponieren, wenn sie gegen den Achtstundentag wettern? Oder wenn sie von Lehrlingen, als von Feigen sprechen. Herr Malermeister Bayer-Waldenburg hat bestimmt nicht das Pulver erfunden und Korvettenkapitän a. D. Rehenhain war in seinen Aus- führungen so ungeschickt, daß er die amiesende Opposition geradezu herausforderte. Eine ganze Reihe unserer Genossen rechneten mit den Rednern in der Aussprache gründlich ab und die Aus- führungen des Genossen Wittkowski, der als Handwerks- meister den Achtstundentag mit Freuden begrüßte, fand mit seinen Ausführungen den brausenden Beifall der Versam- melten, als er aufforderte: am 20. Februar alle Stim- men der Sozialdemokratie.

Der Amerikaner der „Schlesischen Tagespost“

Der Schlesischen Tagespost ist Heil widerfahren! Da ihre eigenen Gedanken in politischen Fragen über den Berührungspunkt der Gegner nicht ausreichen, so hat sie sich einen Amerikaner verschrieben, der sie in zeitgemäßen Wahlkampfberäthungen unterstützen soll. Sie glaubt wohl dabei, daß eine ameri-

kanische Stimme in Deutschland ein gewisses Gewicht hat und daß man infolgedessen auf das, was ihr Amerikaner zu sagen hätte, andächtig lauschen würde. Das deutsch-nationale Blatt ist stolz darauf, sich über die Bedeutung des Preußenwahlkampfes von einem Amerikaner belehren zu lassen. Was verschlägt es dabei, daß dieser angebliche Amerikaner nach Mitteilung der Schlesischen Tagespost geäußert hat, er habe, als er nach Deutsch- land kam, gar nicht gewußt, daß Preußen als Staat noch existiert und habe geglaubt, es gäbe nur ein allgemeines „Ringen“ zwischen Nord- und Süddeutschland! Für das nationalempfin- denbe Blatt sind trotzdem die Ausführungen des Amerikaners, größter Bedeutung. Dem Amerikaner also ist das Recht nur mag es auch mit seinem Wissen nicht abzuwehnen her sein, von dann vertrauenswürdig, wenn die beiden größten Staaten, Bayern und Preußen, von denen er eine Stunde vorher noch nichts wußte, sich verstehen, und das kann nur sein, wenn eine Regierung der Ordnung in Preußen zustande kommt. Der Mann von der Tagespost hat dann an den Amerikaner wohnenbehebend über diese Ausführungen die Frage gerichtet, ob er wirklich glaube, daß uns wesentlich geholfen wäre, wenn wir eine „ruhige Regierung der Mitte“ bekommen. Er verschweigt also schamig die Stellung der Deutschnationalen als Partei der extremen Oppo- sition und stellt sich dem Amerikaner gegenüber, bei dem er sich es ja leisten kann, als Partei der Mitte dar. Infolgedessen hat er wieder Glück; denn der Amerikaner steht in einer solchen „ruhigen Regierung der Mitte“ die Vorbedingung dafür, um eine Anleihe größeren Stils an Deutschland diskutieren zu können!

Das ist allerdings mehr als man erwarten konnte. Der in seinem Vaterland wirklich sehr maßgebende Amerikaner ist demnach bereit, über alle wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten hinweg zu sehen und die seit zwei Jahren von allen politischen Kindern und Narren in Deutschland für den nächsten Tag erwartete amerikanische Anleihe zu diskutieren. Hoffentlich wird diese Diskussion von Erfolg begleitet sein. Der Mann von der Tagespost richtet auf jeden Fall an die Preußenwähler die Ermahnung, daß dieses kurze Gespräch ihrem Gedächtnis nicht entfallen möge; denn sie sollten dadurch an ihre Wahlpflicht er- innert werden.

Mit dieser Aufforderung wird er zweifellos Erfolg haben; denn daß die Deutschnationalen sich ihre Illusionen von jenseits des großen Teiches herüberholten, aus einem Lande, daß sie zwischen Frühstück und Abendbrot einige dutzendmale, abgelesen vom Goldschloß, als schuldig am Zusammenbruch zu verurteilen pflegen, entbehrt einer unzureichenden Komik so wenig, daß kein Wähler dieses Gespräch zwischen einem politischen Narren in Deutschland und einem politischen Ignoranten aus Amerika ver- gessen dürfte. Sollte aber der Amerikaner nur in der Einbildung des Herrn von der Tagespost erröthen, so sind wir auch bereit, diesem allein Varrheit und Unwissenheit als Hauptmerkmale seiner politischen Unfähigkeit zu bezeugen.

Die Wahlbezirke.

Die Wahlen zum preussischen Landtage und zum schlesischen Provinzial-Landtage finden gemeinsam und gleichzeitig am Sonntag, den 20. Februar, in der Zeit von 9-6 Uhr statt. Der Umfang der einzelnen Wahlbezirke und die Verteilung der Sitze auf diese ist aus einer Bekanntmachung des Magi- strats an den Anschlagtafeln zu ersehen. Auch sind darin die Namen der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter enthalten.

Strafbare Arbeitszeitverlängerung für Lehrlinge.

In letzter Zeit kommt es häufig vor, daß Lehrlinge über die achtstündige Arbeitszeit beschäftigt werden. Dies ist gesetzlich un- zulässig. Es ist daher nur zu raten, in allen Fällen gerichtliches Ein- greifen zu veranlassen. Daß dies von Erfolg ist, beweist folgende- Notiz im „Korr. für Deutschlands Buchdrucker“ vom 12. Februar:

Das Bielefelder Landgericht verurteilte kürzlich einen Hand- werksmeister zu einer Geldstrafe, weil er seine Lehrlinge unter Verletzung der Lehrvertragsbestimmungen zum Aufnehmen der Werk- stätte über die achtstündige Arbeitszeit hinaus beschäftigte. Das Landgericht erblickte in dieser Handlung einen Verstoß gegen die Ver- ordnung über die achtstündige Arbeitszeit. Es konnte dabei gar nicht in Frage, ob eine derartige Handlung im Interesse des Hand- werks liege; maßgebend sei einzig und allein die erwähnte Verordnung, die auch für die Lehrlinge den achtstündigen Ar- beitstag einschließt.

Arbeiterhaft und „Generalanzeiger“.

Nachdem wir einwandsfrei nachweisen konnten, daß der „Bres- lauer Generalanzeiger“ oder die „Breslauer Neuesten Nach- richten“ neben der „Morgenzeitung“ und der „Breslauer Zeitung“ dem Konzern der Brüder Huch angehören und in politischer Hin- sicht ein schamloses Spiel der Volksverdrummung treiben, lese man den Wahlleitartikel der „Neuesten Nachrichten“ vom Sonntag. Nachdem lang und breit ein über Pfaffenstreich verzapft wurde, der so etwas wie politische Neutralität bekunden soll, wendet sich das Blatt offen gegen die Sozialdemokratie und die Interessen der Arbeiter, die mit ihrem Geld noch immer zur Bereicherung dieser Giftpflanzen der öffentlichen Meinung beitragen. Es heißt da:

Die Parteien lassen in ihren Programmen und auch in ihren Wahlausichten den künftigen preussischen Kurs nur andeutungs- weise erkennen. Ob in Preußen die alte Koalition am Ruber bleiben wird, erscheint sehr fraglich. Wünschenswert wäre nur ihre Erweiterung nach rechts, nämlich mit Einschluß der Deutschen Volkspartei. Doch diesem Wunsch steht die Sozialdemokratie noch immer ein festes Klein entgegen. Sie ist vielmehr wieder mit der Parole des Klassenkampfes und der Einheitsfront des „Proletariats“ gegen alle so- genannten bürgerlichen Parteien in den Wahlkampf gezogen. Darin muß das Bürgertum natürlich eine Kampfanzeige erblicken und seine Wahlpropaganda danach einrichten. Denn Klassenkampf und Herrschaft einer Klasse führen ebenso den Widerstand wie die unaufhörlichen Rufe nach Sozialisierung in unserer so überaus traurigen Zeit. Alle diese Experimente erleiden bereits in ihren Anfangsstadien Schiffbruch, und wo sie durch- geführt werden, erbringen sie den unzulänglichen Beweis, daß die jetzige Art des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den Begriff „Kapital“ kein Weg zu einer glücklichen Zukunft des Arbeit- nehmers ist. Gewiß wird, was an dieser Stelle schon so oft betont wurde, heute keine vernünftige Regierung auf das Arbeits- zeitschutz des Arbeiters verzichten wollen. (Schönlichste De- magogie!) Die Sozialdemokratie soll ihren gerechten Anteil an den Geschicken des Staates haben. (!) Aber, wenn sie sich wieder selbst abtötet, wie im jetzigen Wahlkampf, dann kann sie auch von den bürgerlichen Parteien nicht verlangen, daß diese ihr nach- laufen. Denn der jetzige Arbeitskampf der Sozialdemokratie und mit den anrufbaren Sozialisierungsversuchen ihrer Anhänger kommt der Wiederaufbau nicht zustande. Und da- gegen müssen sich die anderen Parteien auch im Wahlkampf wenden.

Welcher Klassenbewußte Arbeiter, welcher sozialistische Sozialist trägt noch diesen Feind seines Befreiungskampfes im Hause? Er trägt mittelbar zur Stärkung des Kapitalismus bei, den er innerlich zu bekämpfen hat und dessen Nachtwächterbestellung die politische Reaktion unmittelbar folgt!

Zum Streit in der Breslauer Konfektionsindustrie.

Der Kampf um den Reichsstatist nimmt scharfe Formen an. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Streikenden mürbe zu machen. Alle Zuschneider und die in den Betrieben beschäftigten Schneider und Näherinnen sind am 11. Februar mit folgendem Schreiben beehrt worden:

Hierdurch kündigen wir Ihnen das zwischen uns be- stehende Dienstverhältnis wegen Ihrer vertragswidrigen Arbeits- niederlegung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist per sofort. Ihre Kopier liegen in unserem Kontor zu Ihrer Ver- fügung. Bei der Krankenkasse haben wir Sie abgemeldet. Hochachtungsvoll

Der Zweck dieser Zellen ist zu durchsichtig, als daß man darauf Bezug nehmen wollte. Auch der Streikbrecher ruht nicht. Beispielsweise sind die Zuschneider und Zuschneiderinnen restlos in den Streit getreten. Ein gewisser Agent Lerche, Leutner- straße 71, kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den streikenden Zuschneider in den Rücken zu fallen. Die Firma Georg Brinniger kann samt ihrem Kausereifer stolz auf diese Er- rungenschaft sein. Daß sich die bestreikten Firmen Mühe geben, durch ihre Haushälter und Angestellten Arbeit unterzubringen, und fertige Sachen abholen zu lassen, versteht sich am Rande. Zu verstehen ist nur nicht, daß sich Angestellte und Haushälter für diese schmutzige Arbeit hergeben. Die Konfektionsarbeiter werden sich dadurch nicht irre machen lassen, und werden alles daran setzen, jede Anfertigung und Unterbringung von Streikarbeit zu verhindern.

Zimmer zur Frühjahrsmesse!

Der Fremdenverkehrsverein Breslau schreibt uns: Die diesjährige Breslauer Frühjahrsmesse findet vom 5.-8. April statt. Zur Unterbringung der Messegäste werden wieder eine große Anzahl Zimmer gebraucht. Die Zimmer sind für die Zeit vom 1. April-10. April bereitzu- stellen. Der Zimmerpreis, ausschließlich Frühstück, kann für Bett und Nacht, je nach Beschaffenheit und Ausstattung der Räume auf 10, 12 und 15 Mk., bei besonders ausgestatteten Zimmern auch auf mehr bemessen werden. In der Regel werden die Zimmer für mindestens 3 Nächte bezahlt. Um die für die wirt- schaftliche Zukunft Breslaus hochbedeutsame Messe zu sichern und Breslaus Ruf als Fremdenstadt zu wahren, bitten wir alle Einwohner dringend und herzlich, uns alle irgend entbehrlichen Zimmer für die wenigen Tage der Messe zur Unterbringung der Messegäste zur Ver- fügung zu stellen. Anmeldungen bitten wir auch, zur Vermeidung von Mißverständnissen möglichst schriftlich, mit Angabe der Zahl der Zimmer und Betten, Ausstattung und Preis, an unsere Geschäftsstelle, Am Hauptbahnhof 1, zu richten. Auch mündliche und telefonische (Ring 3755) Anmeldungen werden dort werktäglich von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends entgegengenommen.

Der „Offene Brief“ der B. K. P. D. nichts als

Wahlschwindel.

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, Organ der kommu- nistischen Arbeiterpartei, die bekanntlich von Moskau als „Mit- glied“ aufgenommen ist, bezeichnet die B. K. P. D. als „die Ver- bindung zweier Unternehmerrgruppen auf dem Boden des Parla- mentarismus“. Ihre Politik unterscheidet sich von der sozialdemo- kratischen nur noch durch die „Gerissenheit der Geschäftstaktik“ und so sei auch der „Offene Brief“ weiter nichts als ein Wahl- schwindel. Die B. K. P. D. schreie nach dem „Kampf“, wolle ihn aber gar nicht. Dann heißt es wörtlich weiter:

Man wird nicht antworten. Oder doch, man wird ant- worten, vielleicht heute, morgen, aber man wird erst dann ant- worten, das ist gewiß, wenn die B. K. P. D. genau weiß, daß der Kampf nicht mehr möglich ist. Man will eben das Parlament, man schätzt — ach so sehr — die Legalität. Aber man will den Russen zeigen, daß man „revolutionär“ ist, revolutionärer als die B. K. P. D. Und daß damit die Anerkennung der B. K. P. D. durch die dritte Internationale sich als falsch erweist. Man wird Sowjetrußland nicht verblüffen. Dort will man Taten sehen. Die lassen aber in der B. K. P. D. auf sich warten. Die B. K. P. D. sieht gelassen diesem Treiben zu. Geschrei kann sie nicht betäuben. Aufmachung nicht blenden. Sie wird nicht müde werden, die innere Unwahrscheinlichkeit dieses Unwesens zu ent- hüllen. Sie hat gekämpft, immer noch, während die Spartakus- zentrale sie als Propagatore bescheinigt und denunziert. Aber diese schnell und auf Befehl entflammte Feuer der B. K. P. D. erweist sich als ein bloßes des Maulstromfeuer. Die B. K. P. D. ist die Partei der Revolutionen phrasen. Unser Delegierter hat die Pflicht, auf ihren Ausschluß aus der 3. Internationale zu dringen.

Dieses Ergebnis läßt sich allerdings nach dem italienischen Vorgang, der selbst Levi zu stark war, erwarten. Der Resolu- tionschwindel der B. K. P. D. wird sich nicht lange halten lassen. Moskau will eben, wie die B. K. P. D. richtig bemerkt, in sein Geld Taten sehen. Bleiben die aus, bleibt auch das Geld aus, und die kommunistische Herrlichkeit nimmt dann ein schnelles Ende.

\* Der heute fällige Heimkittenauslaß erscheint wegen Raum- mangels erst morgen.

\* Theater. Heute abend 7 Uhr, „Cavalleria rusticana“, Hierauf: „Der Bajazzo“. Morgen Dienstag: neuemstudiert, zum ersten Mal in dieser Spielzeit: „Aida“. Mittwoch 7 Uhr: „Losca“.

\* Von der Oberwasserfahrt. Der Oberwasserstand ist infolge der Eisbildung stark zurückgegangen. Auf der oberen Oder liegen die Teufel, wie auch die Schlepplage seit dem 10. d. Mts. fest im Eis. Die in Cöfel-Hafen liegenden Fahrzeugen dürfen gemäß Strompolizeiliche Verordnung nicht mehr abfahren. Auf der mittleren Oder findet noch eine Schiffsbewegung statt. Der Umschlag in den oberen Häfen war wieder recht gering. Es wurden in der Berichtswache noch nicht 24000 Tn. Kohle verfrachtet und noch nicht 5000 Tn. Erze gefahrt. Die Breslauer Schleusen passierten in der Berichtswache zu Berg 19 beladene, 89 leere, zu Tal 113 beladene und 7 leere Fahrzeuge.

\* Das Spindlerbändchen der Naturfreunde, das am Sonnabend vier Hunderte einen vergesslichen Weg nach dem im Niedergang befindlichen Naturdenkmal unserer Oberwasserfahrtsmaße macher hat, weil alle Eintrittskarten vergriffen waren, nahm den Verlauf eines schneidigen Volksfestes und fand damit den ungewöhnlichen Beifall aller Besucher. In dankenswerter Weise gingen alle Besucher auf den Wunsch der Festleitung ein, wieder zurückzuführen zur Natur und ein gutes, wirkliches Volksfest mit allen Tanzweisen und Tanzarten zu feiern und wieder unsere alten, prächtigen Kundtische zu Ehren zu bringen. In harmonischem Klang hierzu bereiteten sich die anderen Festleitungen, wie die Mündelberg- und Schloßparkanlagen, der Reiter- kasse, Hans Sachs-Stiele, lustige Theater zur Hand u. a. „Dort alle Darbietungen, wie sie ein wirkliches Volksfest bieten muß. Heute Sonntag wird das Spindlerbändchen mit allen seinen Darbietungen von der ersten Aufführung wiederholt. Karten hierzu sind in be- liebigster Zahl bei den Mitgliedern der Naturfreunde und am Spindel- berg-Verbandsbüro zu haben. (G. P. S.)

